



Verband schätzt Verluste auf 200 Milliarden Dollar

Die Corona-Pandemie wird der Luftfahrt-Branche nach Verbandsschätzungen Verluste von mehr als 200 Milliarden Dollar eintragen. Für dieses Jahr sei noch mit einem Minus von 52 Milliarden Dollar

(derzeit 44,7 Milliarden Euro) zu rechnen, sagte der Generaldirektor des globalen Airline-Verbandes IATA, Willie Walsh, am Montag. Zugleich sei der Tiefpunkt der Krise überschritten. Außerdem will die Luft-

fahrt-Branche bis zum Jahr 2050 klimaneutral fliegen, sagte Walsh: „Das ist zu schaffen.“ Nötig sei dafür eine Kombination aus nachhaltig produziertem Treibstoff, neuen Flugzeug-Designs, mehr Effizienz sowie

der Bindung von Kohlendioxid und dem Ausgleich von Emissionen. Auch an diesem Dienstag tagt der Verband in Boston in den Vereinigten Staaten.

TEXT: DPA/FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Volksbank sucht neue Teilhaber

Auch Nicht-Kunden können nun mit bis zu 50.000 Euro in das Geldinstitut investieren

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen. Bisher musste man bei der Bremischen Volksbank Kunde sein, um Genossenschaftsanteile zu zeichnen. Dafür gab es in den vergangenen Jahren meist zwei Prozent Dividende. Nun will das Geldinstitut den Schritt andersherum gehen, wie der Vorstandsvorsitzende Ulf Brothuhn und Vorstand Detlev Herrmann sagen: „Jeder, der im Geschäftsgebiet der Bremischen Volksbank wohnt, also in Bremen, Achim oder Rotenburg/Wümme, kann sich an der Bank mit bis zu 50.000 Euro beteiligen – egal, ob er Kunde ist oder nicht.“ Nach der Vertreterversammlung der Volksbank an diesem Dienstagabend will das Geldhaus damit aktiv an die Öffentlichkeit gehen.

Der Vorstand verbindet laut Brothuhn damit eine Hoffnung: „Wenn dann jemand neu bei uns investiert hat, können wir ihn vielleicht auch als Kunden von unseren Bankdienstleistungen überzeugen.“ Mit der Höhe der Beteiligung hatte sich das Geldinstitut in diesem Jahr bisher nur an die Mitglieder gewandt. Vorstand Detlev Herrmann erläutert: „Wir wollten ursprünglich in den kommenden drei Jahren jeweils drei Millionen Euro an Geschäftsguthaben sammeln. Das wären also insgesamt neun Millionen Euro. Aufgrund des dynamischen Wachstums hat die Volksbank diese neun Millionen für ihr Geschäftsguthaben bereits jetzt erreicht.“ Die Bank hatte ihre Mitglieder dafür aktiv angesprochen.

Brothuhn sieht es so: „Wir bieten erstmal eine attraktive Beteiligung und gehen davon aus, dass wir Stand heute die entsprechende

Dividende auch in den kommenden Jahren erwirtschaften werden – gerade in Zeiten der Null- und Negativzinssituation.“ Die Genossenschaftsbank wachse im elften Jahr überdurchschnittlich. Allerdings seien die Eigenkapitalanforderungen gestiegen, und die brauche man nun mal für das Kreditgeschäft. „Schon jetzt kann die Volksbank einen spürbaren Zufluss an neuen Mitgliedern und auch an den Beteiligungshöhen der Mitglieder feststellen“, sagt Vorstand Herrmann. In der Tat steigen durch das Reformpaket des

„2020 ist ein gutes Jahr für die Bremische Volksbank gewesen.“

Ulf Brothuhn, Vorstandsvorsitzender

sogenannten Rahmenwerks „Basel III“ die Mindestanforderungen ans Eigenkapital von Banken. Allerdings haben Stichproben der Deutschen Bundesbank vergangene Woche ergeben, dass der Anstieg der Mindestkapitalanforderungen bis Ende des vergangenen Jahres bei 16,4 Prozent lag, wie das Handelsblatt berichtet. Sie haben sich damit weniger erhöht, als ursprünglich angenommen.

Was die Teilhabe an der Bremischen Volksbank angeht, gibt der Vorstand zu bedenken, dass bei einer Genossenschaftsbeteiligung das Risiko höher sei, als wenn ein Kunde sein Geld

auf einem Sparbuch oder einem Tagesgeldkonto habe. Einen ähnlichen Schritt wie jetzt in Bremen ist laut Brothuhn und Herrmann die Kieler Volksbank gegangen und habe positive Erfahrungen dabei gemacht.

Beim Blick auf das Geschäft zeigt sich der Vorstandsvorsitzende Brothuhn zuversichtlich: „2020 ist ein gutes Jahr für die Bremische Volksbank gewesen. Wir werden zusammen mit dem Aufsichtsrat und der Vertreterversammlung vorschlagen, auf das Eigenkapital, das die Genossen eingezahlt haben, zwei Prozent Dividende auszuschütten – wie in den letzten Jahren.“ Der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr sei ebenso zufriedenstellend.

Das genossenschaftliche Geldinstitut will die Vertreter mit einem weiteren Schritt stärker einbinden: Sie sollen auf ihrer Versammlung an diesem Dienstagabend abstimmen, an wen die Stiftung des Geldinstituts spenden soll. Normalerweise bestimmt das der Stiftungsrat, der aus Aufsichtsrat und Vorstand besteht. Beide haben sich nun auf drei von zehn Institutionen verständigt, die auf die ersten drei Plätze kommen sollen. „Die werden wir auf der Versammlung vorstellen. Mit einem sogenannten Mentimeter-Verfahren sollen die Vertreter dann entscheiden, wer auf den ersten Platz kommt, wer auf den zweiten und wer auf den dritten“, erläutert Brothuhn. Das solle nur der Auftakt sein. „In den kommenden Jahren wollen wir die Entscheidung über die Spendenvergabe breiter von unseren Mitgliedern bestimmen lassen.“ Auf diese Weise wolle man weiter gemeinsam Kräfte entfalten und die Mitglieder mehr in den Ent-

scheidungsprozess einbinden.

Abschließend übte Brothuhn Kritik am Vorstandschef der Commerzbank. Manfred Knof hatte vor Kurzem verkündet, dass er dem deutschen Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken den Kampf ansagen will: „Es wäre besser für die Profitabilität des deutschen Bankensystems, wenn wir dieses Modell hinter uns lassen.“ Brothuhn wettet dagegen: „Es steht der Commerzbank ja frei, ihre Kunden genauso gut zu betreuen und zu beraten wie es Genossenschaftsbanken und Sparkassen tun – und genauso solide zu wirtschaften.“ Ebenso stehe es der Commerzbank frei, die Staatshilfe zurückzuzahlen, und nicht Jahr für Jahr Verluste zu erwirtschaften. Volksbank-Vorstand Detlev Herrmann ergänzt: „Es ist ja gerade dieses Drei-Säulen-Modell, das uns durch die Krise getragen hat.“

Das Prinzip der Genossenschaftsbank

„Was Du allein nicht schaffst, schaffen wir zusammen“, lautet das Genossenschaftsprinzip. Dieses Prinzip läuft bei der Bremischen Volksbank so: Die mehr als 7300 Mitglieder des Geldinstituts wählen eine bestimmte Anzahl an Personen, die auf der Vertreterversammlung in ihrem Sinne abstimmen. Die Vertreter werden für vier Jahre gewählt. Sie stellen den Jahresabschluss fest und stimmen ab, wie der Jahresüberschuss verwendet werden soll. Außerdem entscheidet die Vertreterversammlung über die Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes. FLS

Kauflaune ist leicht gestiegen

Verbraucher erwarten Preisanstieg

Berlin. Verbraucherinnen und Verbraucher rechnen mit weiter steigenden Preisen und niedrigeren Einkommen in den kommenden drei Monaten in 2021. Dennoch ist ihre Kauflaune im Vergleich zum September etwas gestiegen, wie aus dem aktuellen Konsumbarometer des Einzelhandels hervorgeht, den der Handelsverband Deutschland (HDE) am Montag veröffentlicht hat. Der Verband befragt dafür monatlich rund 1600 Menschen nach ihren Erwartungen für die nächsten drei Monate unter anderem bei den Themen Preise, Einkommen, Anschaffungen und Sparen.

Daraus bildet der Verband einen Gesamt-Indexwert, der im Oktober im Vergleich zum Vormonat leicht von 98,39 auf 98,01 gesunken ist. Je niedriger der Wert, umso schlechter ist es um die Stimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland bestellt. DPA

Elektroindustrie fordert Innovationen

Zentralverband bemängelt fehlende Rechtssicherheit bei der Digitalisierung

VON JÖRN BENDER

Frankfurt/Main. Lücken bei der Versorgung mit schnellem Internet bremsen immer noch viele Unternehmen in Deutschland bei der Digitalisierung aus. Zwar habe sich die Situation beim Breitbandausbau verbessert, stellte der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) am Montag anhand einer Umfrage in der Branche fest. Die Situation sei aber „noch längst nicht zufriedenstellend“.

Sahen 2016 noch rund ein Viertel der Befragten im mangelnden Breitbandausbau eine Ursache schleppender Digitalisierung, seien es jetzt noch zwölf Prozent. „Im Umkehrschluss heißt dies, dass mehr als jedes zehnte Unternehmen nicht über die Grundlage verfügt, digitale Geschäftsmodelle umzusetzen“, so das Fazit des Verbandes. Dies betreffe vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die oft auf dem Land sitzen. Befragt wurden 139 Unternehmen, die nach ZVEI-Angaben für ein Drittel des Jahresum-

satzes der Branche stehen. Die neue Bundesregierung forderte der ZVEI auf, technologische Innovationen, Künstliche Intelligenz (KI) und datengetriebene Geschäftsmodelle aktiver zu fördern. „KI-basierte Lösungen und Algorithmen sind schon längst Teil



Noch immer beklagen Unternehmen den fehlenden Breitbandausbau. FOTO: DPA/ARCHIV

unseres Alltags. Mehr denn je gilt es jetzt, ihre Chancen zu nutzen und nicht vor möglichen Risiken zu erstarren. Dazu müssen regulative und bürokratische Hürden endlich abgebaut werden“, mahnte ZVEI-Präsident Gunther Kegele.

Für mehr als ein Drittel der Elektrounternehmen sei fehlende Rechtssicherheit ein wesentliches Hemmnis bei der Digitalisierung. „Die neue Bundesregierung muss einen pragmatischen Weg finden, wie sich auch personenbezogene Daten rechtssicher im Rahmen der DSGVO nutzen lassen – etwa durch klar definierte Anonymisierungsverfahren“, forderte der ZVEI.

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union regelt die Verarbeitung personenbezogener Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen. Sie soll sicherstellen, dass personenbezogene Daten innerhalb der Europäischen Union geschützt sind, gleichzeitig aber den freien Datenverkehr innerhalb des Europäischen Binnenmarktes gewährleisten.

Infos zur Weservertiefung

20 Veranstaltungen

VON PETER HANUSCHKE

Bremerhaven/Elsfleth. Die Planung für die Weservertiefung geht voran. Dazu lädt das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Weser-Jade-Nordsee die Öffentlichkeit zu je zehn Informationsveranstaltungen nach Bremerhaven (WSA, Am Alten Vorhafen 1) und Elsfleth (Bürger- und Kulturbüro Elsfleth, Rathausplatz 3) in der Zeit vom 1. bis 11. November ein. Als Weseranpassung werden die zwei Vorhaben „Fahrrinnenanpassung der Außenweser“ und „Fahrrinnenanpassung der Unterweser (Nord) zwischen Bremerhaven und Brake“ bezeichnet. „Ich freue mich auf einen produktiven Dialog sowie auf die rege Beteiligung aller Interessierten“, sagt Ulrich Günther, Fachbereichsleiter des WSA Weser-Jade-Nordsee.

Die beiden Bundeswasserstraßenprojekte wurden aufgrund ihrer Bedeutung in das neue Maßnahmenesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) aufgenommen. Nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung sind vor einer Zulassung der Vorhaben weitere Verfahrensschritte unter Beteiligung von Fachbehörden und der Öffentlichkeit durchzuführen. Zur Festlegung eines Untersuchungsrahmens für den Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen der beiden Vorhaben ist der betroffenen Öffentlichkeit neben den Fachbehörden Gelegenheit zu einer Besprechung zu geben. Dies ist im Frühjahr 2022 vorgesehen. Nach Erstellung aller Planunterlagen folgt das sogenannte Anhörungsverfahren, bei dem Stellungnahmen von Fachbehörden und Vereinigungen eingeholt werden und bei dem die von dem Vorhaben Betroffenen Einwendungen erheben können. Darauf folgt noch ein Erörterungstermin.

Erreichbarkeit für Containerschiffe

Bei den geplanten Anpassungsmaßnahmen hätten der Natur- und Umweltschutz einen hohen Stellenwert, so das WSA. Für den Containerterminal Bremerhaven soll durch den Ausbau der Außenweser eine tideunabhängige Erreichbarkeit für Großcontainerschiffe mit einem Abladetiefgang von maximal 13,50 Meter ermöglicht werden. Für den Seehafen Brake soll die tideabhängige Erreichbarkeit für Massengutschiffe mit einem Abladetiefgang von maximal 12,80 Meter erreicht werden. „Naturschutzfachliche und wasserwirtschaftliche Maßnahmen werden von Anfang an in das Projekt integriert, um in den betroffenen Flussregionen ökologische und ökonomische Interessen in Einklang zu bringen“, teilt das WSA mit.

Die genauen Termine der Informationsveranstaltungen können abgerufen werden unter <https://beteiligung-weseranpassung.wsv.de>. Da die Anzahl der Teilnehmer auf jeweils 25 Personen begrenzt ist, wird um eine vorherige Anmeldung unter der Internetadresse gebeten. Zusätzlich zu den Informationsveranstaltungen besteht vom 4. Oktober bis zum 19. November 2021 die Möglichkeit, auf der Beteiligungsplattform ein eigenes Diskussionsforum Fragen zu stellen.

IMMOBILIENKONZERN

Kein Handel mehr mit Evergrande-Aktien

Hongkong. Der Handel mit Aktien des hoch verschuldeten chinesischen Immobilienriesen Evergrande und seiner Hausverwaltung an der Börse in Hongkong ist am Montag ausgesetzt worden. Hintergrund sind Spekulationen über einen Einstieg eines anderen großen chinesischen Konzerns in die Immobilienverwaltung Evergrande Property Services. Eine solche Beteiligung könnte kurzfristig die Liquiditätskrise von Evergrande mildern und der erste Schritt in Richtung einer notwendigen Umstrukturierung des Konzerns werden. Wie der chinesische Online-Nachrichtendienst Caillan unter Hinweis auf informierte Kreise berichtete, will der Immobilienkonzern Hopson Development Holdings mit 51 Prozent eine Mehrheit an dem Gebäudeverwaltungs-Arm übernehmen. Der Gesamtwert der Evergrande Property Services wurde mit mehr als 40 Milliarden Hongkong-Dollar (umgerechnet 4,4 Milliarden Euro) angegeben. Der Caillan-Dienst gehört zur staatlichen chinesischen Zeitung „Securities Times“. DPA

REDAKTION WIRTSCHAFT

Telefon 0421 / 36 71 34 00

Mail: wirtschaft@weser-kurier.de